Westdeutschlands Studenten stehen im Klassenkampf. Der Staat der Monopole will sie mittels Hochschulgesetz und „Ordnungsrecht" politisch entmündigen. Sie sollen zu Fachidioten, zu brauchbaren Handlangern der hundert Mächtigen degradiert werden. Die Studenten stellen sich dem Staat der Millionäre entgegen, prophezeihen die Herrschenden einen „heißen Sommer". Diesem Kampf um demokratische Rechte, um Mitbestimmung in Universität und Gesellschaft sind diese Spalten gewidmet. Noch ist er Notwehraktion. Doch die sich Wehrenden erkennen immer mehr: Um des Erfolges willen muß die staatsmonopolistische Macht generell in Frage gestellt und im gemeinsamen Kampf mit der Arbeiterklasse zerschlagen werden.

Studenten kämpfen gegen Diktatur der Monopole

· zitate · zitate · zitate ·

„Im Jahre 1819 beschlossen zu Karlsbad deutsche Minister, die Hochschulen von revolutionären Studenten zu säubern. Fortan regierte die Reaktion. ‚Genau nach 150 Jahren', konstatierte jüngst der Berliner FU-Professor Harry Pross, erscheine ‚eine neue Auflage der Karlsbader Beschlüsse' ...

So hurtig wie sie selten zuvor ein innenpolitisches Problem angepackt haben, bereiten Bund und Länder Sondergesetze gegen Studenten vor ...

Die pauschalen Texte der neuen Ordnungsrechtentwürfe laufen denn auch darauf hinaus, alle Opposition gegen die Hochschulmisere zu ersticken ...

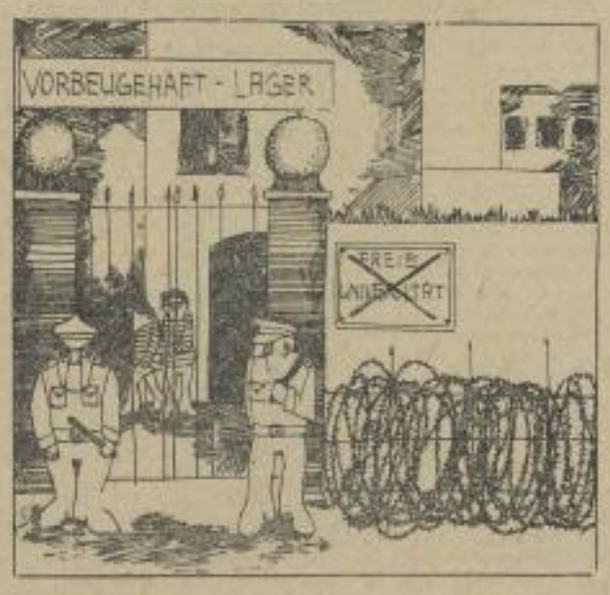
Wie auch immer sich berechtigter Protest künftig äußern mag – die Strafe folgt auf dem Fuße ...

Das Dekret Nr. 97, mit dem die Athener Junta am 15. Januar ein neues Hochschul-Disziplinarrecht ausgab, ist ungleich milder als der Entwurf der Strauß-Partei."

Aus einem westdeutschen Nachrichtenmagazin

„Das Ausbleiben zeitgemäßer Reformen empfinden wir als schwerwiegende Behinderung unserer Tätigkeit als einzelne Störaktionen von Studenten."

Aus einer Erklärung von 39 Germanistik-Dozenten der Westberliner „Freien" Universität.



Karikatur aus dem Mitteilungsblatt der Kölner Jungsozialisten:
„Vorschlag: Zur Bundestagswahl die Universitäten umfunktionieren"

· kommentar · kommentar · kommentar ·

Frankfurter Allgemeine vom 14. 4.:
Die Universität braucht nicht „demokratisiert", die Studentenschaft nicht „emanzipiert" zu werden ... Die Ungleichheit zwischen Lehrenden und Lernenden ist für jede Schule, auch die Hochschule, grundlegend, konstitutiv und durch keinen logischen Trick zu überspringen ... So ist denn die Forderung nach tatsächlicher Mitentscheidung studentischer Vertreter in Universitätsorganen nichts als Humbug.

Industriekurier vom 9. 4.:
Der neugewählte AStA einer großen Universität veröffentlicht sein Aktionsprogramm. Darin befinden sich neben einigen Punkten, über die man reden kann, die üblichen Anmaßungen und Utopien. Ein Punkt des Programms ist menschlich rührend und dürfte auf „Außenstehende" sehr sympathisch wirken. Der AStA fordert nämlich, alle Forschung habe zu unterbleiben, die sich zum Schaden der Menschen auswirken könne. Nun müßten Studenten zweierlei wissen: Einmal, daß man jedes Forschungsergebnis, jede Entdeckung des Menschen, überhaupt alles, was Menschen je erdacht haben, sowohl zum Guten wie zum Bösen wenden kann ... Ad zwei: Studenten müßten wissen, daß besonders in den Naturwissenschaften Forschungsergebnisse eine Art Kettenreaktion darstellen. Ein Ergebnis, das für sich gesehen harmlos sein mag, zieht nahezu zwangsläufig ein weiteres nach sich, das weniger oder ganz und gar nicht harmlos ist.

Industriekurier vom 17. 4.:
Fünfhundert Delegierte des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) haben wieder einmal getagt, in Frankfurt, fünf Tage lang. Sie äußerten sich so utopisch-radikal wie eh und je. Aus der Entwicklung des vergangenen Jahres bis zum Ende des Wintersemesters 1968/69 wird nicht gelernt.

Relegation, Aussperrung vom Studium auf Lebenszeit und damit faktisch Berufsverbot – das ist die Antwort des Bonner Staates auf die Forderungen der politisch aktiven, mündig gewordenen studentischen Jugend Westdeutschlands. *Ordnungsrecht* benennt man verschämt den Knüppel, der die linken Studenten zum Schweigen bringen soll.

Doch sie schweigen nicht. „Relegation erwirkt Revolution" – Diese Warnung prangte unübersehbar in großen Lettern an den Türen der Westberliner Universität. Hier – in der Frontstadt – praktiziert Bonn widerrechtlich seit Jahresbeginn die *Hochschulreform*, die es allen Studierenden zwischen Nordsee und Alpen zugedenkt: Relegation der gewählten Studentenvertreter, Polizeieinsätze fast täglich, Schließung von Instituten. Das Fazit: „Bestenfalls eine fragmentarische wissenschaftliche Ausbildung ist möglich", erklären Westberliner Professoren.

„Die Universität als Tollhaus" überschrieb die Frankfurter Allgemeine den nebenstehend zitierten Leitartikel. Auf diese Zustände paßt die Formulierung haarscharf; doch sie meinte das Blatt der IG Farben nicht. Herr Gillessen, der Autor, verschrie die von den Studenten geforderte demokratische Universität als Irrsinn. Und sicher dünkte er sich raffiniert, als er die studentischen Forderungen mit dem Verlangen von Kranken nach Mitbestimmung bei der ärztlichen Diagnose verglich.

Durchaus, es gibt Unterschiede zwischen Lehrenden und Lernenden, auch hier in der DDR. Doch bei uns lauten sie nicht hie Herrschaft und da Untertanensein, sondern geben und nehmen, und selbst das nicht säuberlich getrennt, sondern mehr und mehr im Wechsel, als Partnerschaft.

Und das in Bonner Landen? Nie! Das qualifiziert man am besten als Humbug ab. „Mitbestimmung" darüber, ob ein Hörsaal *zart rosa* oder lieber leicht *braun* getüncht werden soll – die Diener der Macht von Schiller bis Thadden haben dagegen nichts. Doch „tatsächliche Mitentscheidung", vielleicht gar darüber, was an den Universitäten erforscht wird, – das geht ja denn wohl zu weit! Da muß man denn wohl einen Herrn Spaethen und seine Kolumne im Industriekurier bemühen, um nachzuweisen, daß das eine „Utopie" ist. Und da nimmt man es dann auch mit der Seriosität nicht so genau, verschweigt die Hälfte der Wahrheit, publiziert eine ganze Lüge: Bewußt benutzt Herr Spaethen das unpersönliche „man", um glauben zu machen, der Mißbrauch läge im Wesen der Wissenschaft selbst. Doch der Trick ist alt; er kommt zu spät. Denn was z. B. die „Kettenreaktion" anbelangt, wissen sicher gerade die Leser des Industriekurier genau, daß sowjetische Forscher daran arbeiten, die Wasserstoffusion friedlich, zur Energieerzeugung zu nutzen. Aus Bonn und Umgebung verlautete derartiges nicht. Und das liegt nicht nur an den wissenschaftlichen und technischen Potenzen, sondern vor allem am Gesellschaftssystem, daran, wer die Macht im Staate hat.

Immer mehr westdeutsche Studenten erkennen das, formulieren aus dieser Erkenntnis Programme und beginnen sie zu verwirklichen. Zum Beispiel der VDS. Und das paßt dem Monopolkapital verständlicherweise nicht, denn solche studentische Politik stellt das System in Frage. Also werden die politisch wachen Studenten, gleich, ob sie dem SDS oder anderen Organisationen angehören, zu Außenseitern gestempelt, zu Feinden der Menschheit deklariert. Eine hörige Presse denunziert sie als arbeitsscheu und unmoralisch, als Brandstifter und Totschläger sogar. Und das alles mit einem Ziel: Die Arbeiter, alle Ausgebeuteten Westdeutschlands sollen in den Studenten ihren Gegner, nicht den Verbündeten sehen. Denn wenn es den progressiven Kräften in Studentenorganisationen und Gewerkschaften gelingt, ein aktionsfähiges Kampfbündnis gegen die Macht der Konzerne zu schaffen, ist die Willkür der Abs und Berg gefährdet. Der Streik der Rockwell-Arbeiter in München – unser Bild zeigt eine Gemeinschaftsaktion – bewies es.

Und deshalb lassen diese Herren gerade einen gern *flotte* auftretenden Mann wie Eugen Kogon im Industriekurier verkünden, der SDS habe aus der Vergangenheit nichts gelernt, sei „utopisch-radikal wie eh und je". Nun entsprachen durchaus nicht alle Ideen, die der SDS schon entwarf, den Verhältnissen im Bonner Staat und dem Kampf gegen sie. Doch gerade jüngst in Frankfurt wurde eines klargestellt, was selbst einen Kogon zum Feldzug gegen die Studenten treibt: Dieses imperialistische System kann nicht reformiert, es muß zertrümmert werden. Die Studenten können das nicht allein; sie müssen sich mit der Arbeiterklasse verbünden. Nur gemeinsame Aktionen bringen Erfolg im Kampf gegen Hochschulgesetz und *Ordnungsrecht*, gegen die Diktatur der Monopole.

Claus Dümde

· meinung · meinung ·

Die wesentlichste Aufklärungsarbeit, die heute geleistet werden kann, geschieht im anti-institutionellen Kampf. Die antiautoritäre Bewegung hat darin ihre Bedeutung. Das Bestimmende an dieser strategischen Konzeption ist die Verpflichtung zu einer bewußten Vermittlung der objektiven Verelendung, nachdem durch eine relative materielle Versorgung die nackte Existenzangst beseitigt und die soziale Atmosphäre auf Konfliktbesänftigung angelegt ist. Das erste Problem ist deshalb die Schaffung eines Bewußtseins von den Widersprüchen dieser Gesellschaft ... In einem System, das sich nur rechtfertigen kann, indem es verschleiert, läßt sich ein Potential für die Veränderung nur schaffen durch ein Aufbrechen des Manipulationszusammenhanges ... Die antiautoritäre Bewegung ist im soziologischen Kontext einer verwalteten, scheinbar entpolitisierten Gesellschaft zu sehen. Ihre Politik wehrt sich gegen die allseitige Kanalisierung des Bewußtseins durch Konsum und Wirkungsdruck, die alle systemsprengenden Ansätze verschüttet. Sie legt durch ihre Praxis jene Ansätze wieder frei. Antiautoritäres Verhalten ist praktische Kritik an den gesellschaftlichen Zuständen und gegenwärtig die einzige, die prinzipiell einer Kommerzialisierung entgehen kann ... Ein solcher Kampf ist nur organisiert möglich. Verdinglichtes Bewußtsein ist zwar durch eine praktische Kritik aufzubrechen, doch die Überwindung der Herrschaft läßt sich nur massenhaft und das wiederum nur mit Hilfe einer Organisation leisten ... Die Studenten jedenfalls dürfen nicht vergessen, daß sie eine Minderheit sind, die nur einen Anstoß geben kann. Ihre Ziele können sie nur durchsetzen, wenn sie sich mit der Wissenschaft verbünden und mit jenen, gegen die wissenschaftliche Erkenntnis mißbraucht wird.
(Aus dem Hochschulprogramm des Verbandes Deutscher Studentenschaften – VDS)

DDR

Agrochemie bestimmt Profil der Martin-Luther-Universität

Mit der Vorbereitung des künftigen Großforschungszentrums für Agrochemie hat das Kollektiv der Hochschullehrer, wissenschaftlichen Mitarbeiter und Studenten der Martin-Luther-Universität Halle begonnen. Die Landwirtschaftschemie ist vor wenigen Wochen nach gründlicher Beratung zur entscheidenden Strukturlinie dieser Universität erklärt worden. Nunmehr sollen alle Potenzen dieser Bildungsstätte auf dieses Thema konzentriert werden. Daneben wird die Martin-Luther-Universität auf der Grundlage von Kooperationsvereinbarungen auch mit dem Großforschungszentrum für Hochpolymere und Petrolchemie zusammenarbeiten, das eng mit der Hochschule für Chemie Leuna-Merseburg verbunden ist.

Wissenschaftler, Studenten, das Weltstandsbüro der FDJ sowie Vertreter der Industrie und Landwirtschaft arbeiten jetzt gemeinsam daran, das Berufsbild des Agrochemikers zu fixieren. Die notwendigen Ausbildungselemente werden bereits im Rahmen des vorgesehenen Vierjahresstudiums konzipiert.

Gemeinschaftsarbeit von Studenten und jungen Arbeitern

Greifswalder Studenten schrieben gemeinsam mit jungen Erbauern des Kernkraftwerkes Nord eine wissenschaftliche Arbeit zum Thema „Die Teilnahme der Jugend an der Lösung gesellschaftlich nützlicher Aufgaben als Ausdruck echter revolutionärer Haltung zum sozialistischen Vaterland". Diese bisher einmalige Gemeinschaftsarbeit gibt Einblick in die Bewußtseinsentwicklung einer Jugendbrigade und eines Studentenkollektivs, die ein Patenschaftsvertrag miteinander verbindet.

Insgesamt beteiligen sich 72 Prozent aller von der Sektion Marxismus-Leninismus der Ernst-Moritz-Arndt-Universität betreuten Studenten mit Arbeiten aus dem zentralen Themenkatalog für die Leistungsschau in Rostock am Studentenwettstreit. So bearbeiten z. B. sieben Studentinnen und Studenten des 2. Studienjahres der Fachrichtung Lehrer Geschichte/Deutsch das Thema „Die Funktion von Idealen und Leitbildern bei der Erziehung der Jugend zum Klassenstandpunkt". Dabei werten sie eigene soziologische Untersuchungen im Jugendobjekt Trattendorf aus.

Forschungsverbände zwischen TH Ilmenau und Industrie

Die Schaffung von Forschungsverbänden mit der Industrie formulierte die SED-Delegiertenkonferenz der TH Ilmenau als vordringliche Aufgabe zur Forschungskonzentration in der nächsten Etappe der

Universitäten und Hochschulen nach dem Staatsratsbeschluß

Hochschulreform. Daraus ergeben sich neue Möglichkeiten für das wissenschaftlich-produktive Studium, das schon in den vergangenen Monaten einen großen Aufschwung genommen hatte. Im Verlaufe eines Jahres erhöhte sich die Zahl der Studienzirkel und wissenschaftlichen Studentenzirkel von 150 auf nahezu 600 Kollektive, in denen rund 1700 Studenten mitarbeiten.

Gemeinsam für Rationalisierung des Lehr- und Lernprozesses

Gemeinsam berieten Hochschullehrer, Studenten und Mitarbeiter des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen Anfang April in Magdeburg Probleme der Rationalisierung der Lehr- und Lernprozesse und ihrer Bedeutung für die Erziehung und Ausbildung. Veranstalter war die Sektion Technologie der metallverarbeitenden Industrie der TH Magdeburg.

Die Teilnehmer des Kolloquiums erlebten während der Veranstaltung die audiovisuelle Demonstration eines Vorlesungsabschnittes und lernten das Versuchsmuster einer Lehr- und Lernmaschine kennen, die vorwiegend als Prüfungstrainer eingesetzt werden soll. Durch bessere lernpsychologische Bedingungen um einen abgegrenzten Wissensstoff könnte damit u. a. die Lernbereitschaft und die Studienergebnisse verbessert werden.

Wissenschaftliche Konferenz zur Ökonomik der Hochschule

Unter dem Arbeitsthema „Hochschulreform und Ökonomik der Hochschule" bereiten die Sektion Wirtschaftswissenschaften und das Institut für Hochschulbildung und -ökonomie der Humboldt-Universität Berlin eine wissenschaftliche Konferenz vor. Die Tagung, die für Herbst 1969 geplant ist, wird sich mit Problemen der Leitung, Planung und Finanzierung der sozialistischen Hochschule befassen.

SLUB
Wir führen Wissen.
UNIVERSITÄTS BIBLIOTHEK LEIPZIG